



Bis auf Weiteres werden Dublin-Fälle von der luxemburgischen Regierung nicht mehr nach Italien zurückgeschickt. Flüchtlinge haben im Mittelmeerland einen schweren Stand. (FOTO: PIERRE MATGÉ)

Gewissen vor Recht

In 41 Dublin-Fällen verzichtet Luxemburg auf Transfer nach Italien

VON PATRICK BESCH

Aufgrund der unsicheren Lage in Italien verzichtet die Regierung darauf, Asylanträge von Luxemburg nach Italien zurückzuführen.

Matteo Salvini und Jean Asselborn werden wohl kaum mehr beste Freunde. Zwei Worte reichen dem luxemburgischen Chefdiplomaten am 14. September, um auszudrücken, was es vom Flüchtlingsdiskurs seines italienischen Pendanten hält. Zusammen mit der Fünf-Sterne-Bewegung hat es Matteo Salvini Partei, die Lega Nord, an die Spitze der italienischen Politik geschafft. Auf den fremdenfeindlichen Diskurs folgen nun Taten: Italien, eines der Schlüsselländer bei der Migration, wird immer unsicherer für Schutzsuchende.

Auch der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn lässt auf Worte Taten folgen. Als Minister für Asyl hat er entschieden, bis auf Weiteres keine Flüchtlingsfamilien mit Kindern im Rahmen des Dubliner Übereinkommens mehr nach Italien zurückzuschicken. „Mir wird unwohl bei dem Gedanken, Menschen, die so viel Schlimmes erlebt haben und nach Schutz suchen, in ein unsicheres Land wie Italien zurückzuschicken“, erklärte der Außenminister gestern, im Rahmen einer Pressekonferenz, den Beschluss der Regierung. „Die Menschlichkeit muss an erster Stelle stehen.“

Schwächen des Systems

Das Dublin-Abkommen bestimmt, welches Land für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständig ist. Stellt ein Mensch in mehreren Mitgliedstaaten einen Antrag, dann ist das Land zuständig, in dem

der erste Antrag erfolgte. Daraufhin werden die Antragsteller in das Land transferiert, in dessen Aufgabenbereich die Bearbeitung des Antrags auf internationalen Schutz entfällt. Erst wenn der Antrag angenommen wurde, kann ein Flüchtling ein Aufenthaltsvisum von drei Monaten für ein anderes Mitgliedsland erhalten.

Laut Asselborn besteht gerade in der Zuständigkeitsfrage Uneinigkeit unter den Mitgliedsländern der Union. Der schon seit 2015 vorliegende Verbesserungsvorschlag zum Dubliner Übereinkommen, der die Länder an den Außengrenzen der Union – wie eben Italien – entlasten soll, würde vor allem von den osteuropäischen Ländern blockiert werden, da diese keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, erklärte der Außenminister.

Fingerspitzengefühl

In den vergangenen 18 Monaten hat die luxemburgische Regierung 55 Menschen nach Italien zurückgeschickt. Seit dem 1. Juni dieses Jahres werden jedoch keine Familien mit Kindern mehr überführt. Momentan warten noch 116 Leute auf eine Entscheidung, ob sie nach Italien transferiert werden oder nicht.

„Es gibt keine genaue Prozedur in diesem Zusammenhang“, erläuterte der für Asyl- und Außenpolitik zuständige Minister. „Die Migrationsbehörde prüft den persönlichen Werdegang jeder ein-

zelnen Person und fällt ihre Entscheidung aufgrund dieser Faktoren. Es handelt sich nicht um eine rationale Wissenschaft.“ Von einem Transfer nach Italien werden bis auf weiteres neben den Familien, auch Frauen und Minderjährige ausgenommen, genauso wie Menschen, die aus dem Sudan stammen und Flüchtlinge, die den Weg nach Europa über Libyen gefunden haben.

Verträge ehren

Jean Asselborn betonte jedoch, dass Luxemburg seine Türen nicht für jeden öffnen kann, also komplett auf Zurückweisungen verzichten kann. „Der Ansturm aus Italien wäre für ein kleines Land wie Luxemburg kaum zu bewältigen“, meinte der Minister. Außerdem erinnerte er an das bestehende europäische Recht, über das sich kein Land ohne weiteres hinwegsetzen kann. Es sei die Rolle der europäischen Institutionen, über die gemeinschaftlichen Verträge zu urteilen, wie 2011 im Falle Griechenland. Damals entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass Schutzsuchende nicht mehr nach Griechenland zurückgeführt werden dürfen, da ihre Menschenrechte in dem Land systematisch verletzt wurden.

Ob das luxemburgische Modell im Umgang mit dem Dubliner Übereinkommen denn nicht auch einen Rechtsbruch darstelle, wollte ein Journalist daraufhin von Asselborn wissen. Auf diese Frage wollte der Außenminister jedoch nicht so recht antworten. „Es ist die Pflicht der Union, Schutzsuchenden einen menschenwürdigen Empfang zu bieten“, so Jean Asselborn und verwies in dem Zusammenhang auf die Verletzlichkeitsklausel.

„Die Menschlichkeit muss an erster Stelle stehen.“

Jean Asselborn

LEITARTIKEL

Eine Frage der Mentalität

DANI SCHUMACHER



„Auch eine gut gemeinte, positive Diskriminierung bleibt eine Diskriminierung.“

plätze, etwa Corinne Cahen bei der DP oder Martine Hansen und Françoise Hetto bei der CSV. Nur die Grünen setzen seit Langem konsequent auf ein gemischtes Doppel.

Folglich blieben auch die großen Diskussionsrunden meist reine Männersache. Vielen Kandidatinnen fehlte somit schlichtweg die geeignete Bühne, um sich bei den Wählern bekannt zu machen. Die Bühne fehlt aber nicht nur im Wahlkampf. Im Parlament werden die weiblichen Abgeordneten nach wie vor mit den weniger prestigeträchtigen Dossiers abgespeist. Wenn es richtig zur Sache geht – etwa bei den Haushaltsdebatten oder bei den Debatten nach der Rede zur Lage der Nation –, treten ihre männlichen Kollegen ans Rednerpult.

Wenn die Frauen in der Politik richtig Fuß fassen sollen, braucht es weit mehr als eine von oben herab diktierte, halbherzige angewandte Quote. Es braucht einen Mentalitätswechsel. Denn solange in den Entscheidungsgremien der Parteien mehrheitlich Männer darüber befinden, ob, und wenn ja, welche Chancen den Frauen zugestanden werden sollen, wird sich an der Schiefelage nichts ändern.

Es wäre aber falsch, allein der politischen Männerriege die Schuld in die Schuhe zu schieben. Die Frauen müssen an sich glauben und das in der Welt der Politik nun einmal erforderliche Stehvermögen entwickeln. Und sie müssen mit Kompetenz und Sachkenntnis überzeugen. Politikerinnen wie Astrid Lulling, Colette Flesch oder Viviane Reding haben vorgemacht, wie es geht. Dass es geht, zeigen auch die Politikerinnen in den USA. Bei den Midterms kandidieren 234 Frauen für die 435 Sitze im Repräsentantenhaus und 22 für die 35 Sitze im Senat. Ganz ohne Quote. Also weg damit, denn auch eine gut gemeinte, positive Diskriminierung bleibt eine Diskriminierung.

■ danielle.schumacher@wort.lu

Als Astrid Lulling 1965 als einzige Frau den Sprung ins Parlament schaffte, gab es im Hohen Haus noch keine Damentoilette. Dieses Problem ist längst behoben. Doch ansonsten hat sich in den letzten 50 Jahren nicht sehr viel getan: Die Frauen sind am Krautmarkt – aber nicht nur dort – immer noch unterrepräsentiert.

An diesem Missstand hat auch die politische Geschlechterquote vom November 2016 nichts geändert. Trotz Quote waren unter den 45 Abgeordneten, die am Dienstag vereidigt wurden, gerade einmal zwölf Frauen. In der letzten Session waren es immerhin noch 19. Zudem befindet sich unter den acht parlamentarischen „Neulingen“ überhaupt keine Frau. Auch wenn noch einige Kandidatinnen nach der Regierungsbildung den Einzug ins Parlament im zweiten Anlauf schaffen werden, so sind die weiblichen Abgeordneten in dieser Legislaturperiode einmal mehr in der Minderheit.

Die Quoten greifen nicht, weil sie nichts an der Mentalität ändern. Die Parteien halten sich bei der Aufstellung ihrer Listen an die Vorgaben, weil ihnen bei der Missachtung finanzielle Einbußen bei den staatlichen Zuschüssen drohen. Aus tiefer innerer Überzeugung tun sie es nicht. Und es fehlt ihnen angesichts des sehr „kopflastigen“ luxemburgischen Wahlsystems schlicht an der nötigen Courage.

Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Kandidatinnen meist nur unter „ferner liefen“ in den Wahlkampf starten konnten. Die nationalen Spitzenkandidaturen machten einmal mehr die Männer unter sich aus. Auf Bezirksebene schafften es zumindest einige Frauen auf die vorderen Listen-

Lesen Sie übers Wochenende bei

Wort+



wort.lu-Einbruchradar

Monat für Monat zeigt wort.lu eine Landkarte mit allen von der Polizei gemeldeten Einbrüchen. Eine Zwischenbilanz nach fast zwei Jahren. (8 Uhr)



Zentral bleibt die Kunst

Der Organisator der Luxembourg Art Week, Alex Reding, über die Vorbereitungen auf die vierte Auflage. (So., 18 Uhr)